



---

## Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen

20. Sitzung (nicht öffentlich)

8. Oktober 1997

Düsseldorf - Haus des Landtags

13.30 Uhr bis 16.15 Uhr

Vorsitz: Adolf Retz (SPD)

Stenograph: Günter Labes-Meckelnburg

### Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/2400

**Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport**

Vorlagen 12/1491, 12/1502 und 12/1545  
Ausschußprotokoll 12/652

a) **Aussprache über den Einführungsbericht der Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport**

1

Der Ausschuß führt eine Aussprache über den Einführungsbericht der Ministerin durch.

b) **Einzelberatung der Haushaltsansätze zum Städtebauetat 1998** 3

Der Ausschuß befaßt sich in einem ersten Beratungsdurchgang mit dem Einzelplan 15.

**2 Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren auch in NRW umsetzen**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksachen 12/1186 und 12/1581

Vorlage 12/1169

Ausschußprotokolle 12/331 und 12/504

5

Der Ausschuß diskutiert mit Staatssekretär Morgenstern über die Beschleunigung von Baugenehmigungsverfahren in Nordrhein-Westfalen.

**3 Neue Impulse für Umwelt, Wirtschaft und Beschäftigung: Rationelle Energienutzung und die Nutzung von erneuerbaren Energiequellen voranbringen**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 12/2207

9

Nach einer kurzen Aussprache wird der Antrag mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion angenommen.

**4     Arbeitsmarkimpulse und effizientere Energienutzung durch Contracting-Modelle in der staatlichen Bauverwaltung NRW**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 12/2393

11

Der Ausschuß behandelt in einem ersten Durchgang den Antrag der Koalitionsfraktionen.

**5     Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/2400

**Einzelplan 14 - Ministerium für Bauen und Wohnen**

Vorlagen 12/1481 und 12/1553  
Ausschußprotokoll 12/652

**a)     Aussprache über den Einführungsbericht des Ministers für Bauen und Wohnen**

12

Der Ausschuß diskutiert über den Einführungsbericht des Ministers.

**b)     Einzelberatung der Haushaltsansätze zum Bauetat 1998**

21

Der Ausschuß berät in einem ersten Durchgang die Haushaltsansätze zum Bauetat.

\*\*\*\*\*



### Aus der Diskussion

**1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1998 (Haushaltsgesetz 1998)**

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 12/2400

**Einzelplan 15 - Ministerium für Stadtentwicklung, Kultur und Sport**

Vorlagen 12/1491, 12/1502 und 12/1545  
Ausschußprotokoll 12/652

**a) Aussprache über den Einführungsbericht der Ministerin für Stadtentwicklung, Kultur und Sport**

**Siegfried Zellnig (CDU)** führt aus, seine Fraktion empfinde es als außerordentlich positiv, daß in Nordrhein-Westfalen Städtebauförderungsmittel zur Verfügung stünden und Städtebauförderung auch in einer Zeit fortgeführt werde, in der sich der Bund aus diesem Bereich weitgehend habe zurückziehen müssen, weil verständlicherweise alle Mittel in die neuen Bundesländer fließen. Allerdings müsse der Bund auf Dauer auch in den alten Bundesländern Städtebauförderung betreiben. Nicht zuletzt aus der vom Ministerium zugeleiteten Studie sei bekannt, wie gut Mittel in der Städtebauförderung angelegt seien. Positiv beurteilt würden von seiner Fraktion auch viele von der Ministerin erwähnte Einzelmaßnahmen. Wegen des bedauerlichen, aber von der Finanzsituation herrührenden Mittelrückganges auch im Bereich der Städtebauförderung könnten nicht alle Wünsche befriedigt werden. Die Einteilung der Ministerien, die einen großen Koordinierungsausschuß der Ministerien erforderlich mache, erachte seine Fraktion aber nach wie vor nicht als sinnvoll, weil Wohnungsbau und Städtebau zusammengehörten. Der Ausschuß sollte die Anregung der Ministerin aufgreifen, sich vor Ort einzelne Maßnahmen anzusehen.

Zu der auslaufenden IBA Emscher Park-Maßnahme wäre es gut, wenn ein detaillierter Erfahrungsbericht über die verwirklichten Projekte vorgelegt würde, der auch aufzeigte, wie es später damit weitergehe, welche Folgekosten es gebe und wie hoch der Anteil der privaten Investoren sei. Sollte das Ergebnis per saldo, wie er erwarte, positiv ausfallen, hielte er es für vernünftig, wenn für vergleichbare Vorhaben nicht nur das Ruhrgebiet, sondern auch andere Bereiche des Landes mit ähnlichen Strukturen ins Visier genommen würden.

Dem Lob des Oppositionssprechers könne er sich nur ausdrücklich anschließen, betont **Gerd-Peter Wolf (SPD)**. Nicht teilen könne er jedoch das für den Bund geäußerte Verständnis, der den alten Bundesländern für die Städtebauförderung weniger Geld gebe. Der von der Ministerin abgegebene Einführungsbericht sei hervorragend gewesen und habe verdeutlicht, was mit

dem eingesetzten Geld geschehe. Gut gefunden habe er unter anderem auch, daß die Ministerin noch einmal die Bedeutung des Städtebaues angesprochen und dargelegt habe, daß 15 % aller Arbeitsplätze im Baugewerbe davon abhingen. Er begrüße auch den Hinweis auf die Wichtigkeit der Städtebauförderung für die Standortoffensive. Die Ministerin habe auf diese Weise klar beschrieben, den Etat auf dem Niveau des letzten Jahres zu halten. In Zeiten, in denen die Bewahrung des Erreichten im Prinzip das Maximum des Erreichbaren darstelle, sei es schon bemerkenswert, daß es der Ministerin gelungen sei, die wesentlichen Positionen ihres Etats überrollt zu bekommen. Seine Fraktion nehme sich den Appell an die ökonomische und langfristige Vernunft des Haushaltsgesetzgebers sehr zu Herzen. Insbesondere zum Grundstücksfonds überlege seine Fraktion intensiv, ob es Aufstockungsmöglichkeiten gebe, weil jede hier nicht zur Verfügung stehende D-Mark beim Strukturwandel schmerzlich fehlen werde.

Auch sie könne nur den von der Ministerin vorgelegten Haushalt loben, nimmt **Hedwig Tarnier (GRÜNE)** Stellung. Die verschiedenartigen Probleme im Städtebaubereich bedürften vielfältiger Lösungen. Das beginne bei Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf und reiche bis zu den Fahrradstationen. Der Zuschnitt des Ministeriums bedeute, daß für ein breites Spektrum an Problemen Lösungen erarbeitet werden müßten. Als einen Negativpunkt sehe sie an, daß für Beratung, Gutachten und Untersuchungen von außen immer weniger Mittel vorhanden seien, so daß in vielen Bereichen keine innovative Weiterentwicklung mehr möglich sei. Für ihre Fraktion sei die Wichtigkeit der Städtebaufördermittel klar, um Arbeitsplätze vor Ort - vor allem auch in Krisengebieten - zu schaffen und zu erhalten. Dieser Ansatz werde daher von ihrer Fraktion gern mit getragen.

**Vorsitzender Adolf Retz** begrüßt die Übereinstimmung in diesen Sachfragen, wie sie auch schon in den letzten Jahren gegeben gewesen sei. Mit dem Hinweis auf städtische Strukturen in Europa und in anderen Teilen der Erde meint der Vorsitzende weiter, die Städtebauförderung gewinne gerade in sozialen Brennpunkten eine besondere Bedeutung. Werde nicht rechtzeitig gehandelt und das Stadtleben nicht entsprechend neu organisiert, könnten die Entwicklungen auch in Deutschland ähnlich verlaufen.

**Ministerin Ilse Brusis** bedankt sich für die Zustimmung zu der Städtebauförderungspolitik der Landesregierung. Der breite Konsens zu dieser Politik sei deshalb außerordentlich wichtig, weil man in den letzten Jahren mit knapper werdenden Haushalten habe zurechtkommen müssen, womit natürlich schwierige Entscheidungen zu Prioritätensetzungen verbunden gewesen seien. Was die von Frau Tarnier angesprochenen Forschungsmittel betreffe, erscheine es ihr dringend erforderlich, Mittel nachzulegen, sobald sich die Haushaltssituation ein wenig entspannt habe. Gleichwohl habe in der Städtebaupolitik eine außerordentlich innovative Tätigkeit nachgewiesen werden können. Dennoch wäre eine stärkere wissenschaftliche Absicherung mancher Umsetzung praktischer Politik wünschenswert. Gleiches gelte für das Personal. Die jährlichen Personalkostenkürzungen machten es immer schwerer, die Arbeit in den Ressorts zu bewältigen. Das gelte insbesondere für eine Arbeit, die sehr auf

Kommunikation angelegt sei. Viele der Projekte würden durch den ständigen Meinungsaustausch über neue Ideen, Gedanken usw. entstehen, was aber sehr personalaufwendig sei.

Den von Herrn Kollegen Zellnig erbetenen IBA-Erfahrungsbericht könne sie wohl für die November-Sitzung zusagen, da zwei Jahre vor der Schlußpräsentation ohnehin die Erfahrungen sortiert und ausgewertet würden. Wie schon in der letzten Sitzung angekündigt, wolle sie den Ausschuß darüber informieren, welche bei der IBA praktizierten Verfahrensweisen auf andere Regionen übertragbar erschienen. Im Hinblick auf die Expo 2000 werde versucht, bestimmte im Zusammenhang mit der IBA erlernte Verfahrensweisen auf eine andere Region zu übertragen. Sie begrüße die geäußerte Bereitschaft, sich vor Ort Städtebauförderungsprojekte anzusehen. Sie werde dem Ausschuß bei einer solchen Besichtigungsreise gerne behilflich sein.

Bezugnehmend auf die Tatsache, mehrfach entsprechend angesprochen worden zu sein, stellt die Ministerin abschließend klar, daß es bei den Städtebauförderungsmitteln keine Steigerung gebe. Die zusätzlich im GFG ausgewiesenen 20 Millionen DM hätten vorher im GFG für die Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf zur Verfügung gestanden. Auch zu den Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf biete sie an, in der nächsten Sitzung einen Erfahrungsbericht zu geben. - Auf die entsprechende Bitte von **Hedwig Tarner (GRÜNE)** sagt **Ministerin Ilse Brusis** zu, schriftlich die im Einzelplan 20 stattgefundenen Mittelverschiebungen darzustellen.

**Vorsitzender Adolf Retz** bedankt sich für das Berichtsangebot und kündigt an, die nächste Sitzung solle ohnehin mit mehreren Themen einen städtebaulichen Schwerpunkt haben.

#### b) Einzelberatung der Haushaltsansätze zum Städtebauetat 1998

**Franz Riscop (CDU)** hält den Rückgang bei den Personalausgaben von 0,8 Prozent bei der Vorgabe im gesamten Haushalt für sehr gering. Ihn interessiere die Perspektive bezüglich der Personalgestaltung. - **Ministerin Ilse Brusis** weist darauf hin, daß ihr Ministerium als eines der letzten Ministerien jetzt einer Organisationsuntersuchung, deren Ergebnisse abgewartet werden müsse, unterzogen werde. In den letzten Jahren sei deshalb bei ihrem Ministerium eine pauschale Stellenkürzung von jeweils 2 % - die Summe ergebe 0,8 % - vorgenommen worden.

Bezüglich der Verminderung von 66,7 Millionen DM bei den Investitionen bittet **Franz Riscop (CDU)** aufzuzeigen, welche Auswirkungen dies auf die Programmgestaltungen habe. - Im wesentlichen betroffen seien die GVFG-Mittel, legt **Ministerin Ilse Brusis** dar, die aufgrund des Regionalisierungsgesetzes Bahn durch den Bund reduziert würden. In den nächsten Jahren stünden regelmäßig in diesem Rahmen weniger GVFG-Mittel zur Verfügung,